

EDITORIAL

Philipp Rösler wollte ja auch in Berlin eigentlich Wirtschaftsminister werden. Wirtschaftsminister ist ein schöner Job. Auch bei mäßiger Begabung und ohne viel Charisma sind hier erfolgreiche Jahre keine Seltenheit. Das durften zuletzt Michael Glos und Rainer Brüderle vorführen. Beim Job des Bundesgesundheitsministers verhält es sich dagegen leicht anders herum. Trotz Begabung und Charisma endet manche Amtszeit freudlos. Ein Stakkato von Verbandsinjurien und morbiditätsbefrachteten Konflikten drängt auf den Minister ein, der angesichts der vertrackten, meist nur mit mehreren Beratern simultan zu erklärenden Zusammenhänge der Branche erst gegen Ende der ersten Amtszeit noch im laufenden Gespräch ahnt, was die Lobbyisten denn gerade wirklich im Schilde führen. Da kann man froh sein, wenn der Minister unterjährig zumindest bedingt talkshowfähig wird: Die Aufgabe erfordert Nehmerqualitäten, mit denen Philipp Rösler nun offenbar kongenial an Ulla Schmidt anknüpft. Während sich etwa Andrea Fischer, die zudem unter dem beißenden Hohn von Rudolf Dressler arg zu leiden hatte, in dem Amt bald wund lief, bleibt Philipp Rösler augenscheinlich ungerührt und setzt sich erstaunlich listenreich sogar gegen Horst Seehofer durch. Mit den Eckpunkten seiner Finanzierungsreform ist der Minister nach monatelangem Streit in der Koalition glatt erster unter den vielen Siegern geblieben. Der Bambus biegt sich, wie er sagt, er bricht nicht.

Das Ergebnis ist also ein Bambussieg. Bambus ist ein verholzendes Riesengras, das auf der ganzen Welt vorkommt, nur in der Antarktis und eben in Europa nicht. Es ist innen hohl und taugt sicherlich für luftige Bauten, denen kein Architekt ein Fundament spendieren würde. Kann die GKV darauf bauen? Die einen werden sich trösten, dass „Zusatzbeiträge“ mit der Beitragssatzserhöhung und Einsparungen ab 2011 ohnehin auf die lange Bank geschoben sind. Bis sie wirklich greifen, ist nach heutigem Stand eine neue Koalition unterwegs. Die anderen werden argwöhnen, dass sich Philipp Rösler im Prinzip doch durchgesetzt hat: Die einkommensunabhängigen Pauschalen kommen. Und wenn man sich erst einmal an den Gedanken gewöhnt hat, ohne dass ein Gesetzgebungsverfahren neuen Widerstand ordnet, sind sie dann halt auch da. Für diese Zeitschrift aber steht hier und heute die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Konzept auf der Tagesordnung. Und das Ergebnis der umfassenden Analyse von Stefan Grefß,

Klaus Jacobs und Sabine Schulze sind leider „schwarz-gelbe Irrwege statt gezielter Problemlösungen“.

Der Kitt wohlfeiler Attribute eines „gerechten, stabilen, wettbewerblichen und transparenten Gesundheitssystems“ hält zwar für den Moment floskelfhaft die Koalition mit momentan rund 36 Prozent Zustimmung beisammen, verbindet aber kein taugliches Konzept. Es ist nicht „gerecht“, die unteren Einkommensgruppen überproportional zu belasten. Es verheißt keine „Stabilität“, weil die Ergiebigkeit ausschließlich lohnbezogen definierter Pauschalen ebenso begrenzt ist wie ihr steuerfinanzierter Ausgleich. „Wettbewerblich“ oder beschäftigungspolitisch geht es fehl, weil insbesondere die Abgabenlast von Geringverdienern erhöht und der Lohnabstand von Sozialeinkommen vermindert wird. Den Arbeitgeberbeitrag einzufrieren untergräbt die Mitverantwortung der Arbeitgeber in der Selbstverwaltung der Krankenkassen und trägt so keinesfalls zur Stabilität bei. Aber Zusatzpauschalen sind immerhin transparent: Die Bundesregierung sollte auch Banken und Versicherungen zwingen, Prämienerhöhungen in kleinen Einmalbeträgen monatweise abzukassieren. Die Inkassokosten spotten jeder Beschreibung.

Kurzum: Die strukturelle Einnahmenschwäche der GKV aufgrund sinkender Lohnquoten kann nicht überwunden werden, ohne ihre Einnahmenbasis zu verbreitern. Deshalb ist eine Reform zynisch, die Wirkungen verspricht, für die sie notwendige Voraussetzungen strikt vermeidet. Die GKV müsste angesichts ihrer Einnahmenschwäche mit der Steuerungsschwäche der PKV ständig havarieren und umgekehrt. Eine von sachgerechter Analyse und politischer Vernunft getriebene Reform würde die bisher getrennten Systeme für Kernleistungen verbinden und Wettbewerb auf der Anbieterseite eröffnen. Die Politik hatte sich dem in der letzten Legislaturperiode bereits parteienübergreifend bei Dienstreisen nach Amsterdam genähert. Die wenigen beitragsfinanzierten, noch nicht vollends verstaatlichten Systeme in Europa brauchen solche zukunftsfähigen Lösungen. Bambuslösungen taugen nur für eine verirrte Legislatur.

K.H. Schönbach

